

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesamr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1550  
Circulare Riesa Nr. 82.

Nr. 2.

Dienstag, 4. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeilenübergreifend und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Ermäßigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Pariser Neujahrskomödien.

Offizielle Neujahrsempfänge werden in der Welt diplomatie nicht als Ereignisse von politischer Bedeutung bewertet. Im allgemeinen sind sie eine diplomatische Courtoisie, eine Höflichkeit, die zur Stille geworden, selbstverständlich sind. Aber zuweilen tritt doch das, was im Verlauf dieser Empfänge gesagt wird, so hart in einen Gegensatz zu dem, was die praktische Politik im allgemeinen will, daß die Worte, die so gewechselt werden, eher, man kann fast sagen, höhnend klingen, als Ausdruck eines Kompliments. Der letzte Empfang des diplomatischen Korps beim Präsidenten der französischen Republik gestaltete sich durch den hohen Pathos, mit dem die gegenseitigen Friedensversicherungen, Sympathien und Verherrlichungsversuche vorgetragen wurden, zu einer Komödie, die zum Lachen reizen würde, wenn die Handlung nicht so bitter ernst wäre. Man bedenke, als Dozenten des diplomatischen Korps in Paris, also gewissermaßen auch als Vertreter und im Namen des deutschen Volkstatters, richtete Konstantine Magilone Worte an den Präsidenten Frankreichs, die mit einem großen Vertrauen auf die „Friedenspolitik“ unserer Nachbarnation ausgingen: „Unsere Wünsche sind aufrichtig und warm, sie bringen zum Ausdruck, mit welcher Sympathie und mit welcher Befriedigung wir die Bemühungen Frankreichs für die Befriedigung der Welt verfolgen. Wir sind sicher, daß Ihre Regierung das Wert weiter verfolgen wird, das für Ihren edlen Geist und Ihres großen Herzens würdig ist.“ Die Befriedigung über die Bemühungen Frankreichs für die Befriedigung der Welt! Ein wirklich prachtvolles Attribut, das über dem französischen Staatspräsidenten in Gegenwart des Vertreters der deutschen Nation überreicht wird. Als diese schönen Worte aus dem Munde des Konstantine tropfen, da wird wohl keiner der anwesenden Herren im Elyséeaal den Mund zu einem Nicken verzogen haben. Diplomatische Courtoisie, eine selbstverständliche Höflichkeitsebene. Zwar läuft irgendwo in Frankreich oder im besetzten Gebiet ein Herr Rouzier herum, der erwischemachen ein Mörder ist, dessen Schuld aber noch einer Erkenntnis französischer Jurisprudenz keine Sühne finden kann. Zwar sorgen französische Besatzungstruppen am Rhein dafür, daß die friedlichen Bürger des besetzten Gebietes niemals zu vergessen haben, daß Frankreich der Sieger Europas ist und sie die Angehörigen eines Volkes sind, das nach dem Spruch eines Verfallenen Friedensvertrages rechtlos zu sein und bleiben hat. Zwar gilt im deutschen Sauergebiet nur französisches Recht als Zeichen dafür, daß es ein deutsches Recht nicht mehr gibt. Zwar wirkt sich die französische Regierung zum energischen Abklopfen der politischen Forderungen aus, die darauf hinzielen, daß die letzten armenigen Befestigungen, die wir an der Ohrengrenze haben, verschwinden, auf daß bei einem eventuellen politischen Vermarsch auch keine einzige deutsche Kanone den Spaziergang nach Berlin aufhalten könnte. Aber diplomatische Courtoisie über alles! Der Dozent des französischen diplomatischen Korps spricht Herrn Dommergue die Befriedigung der Welt und damit auch Deutschlands darüber aus, daß Frankreich sich so weit für die Befriedigung des Völkervertrages eingesetzt habe. Wenn dieser feierliche Akt beim Präsidenten Dommergue nicht den Stoff einer bitteren Satire liefert, dann gibt es überhaupt keinen Schwankstoff mehr, der einen Komödientendichter zur Arbeit reizen könnte.

Wer die tiefe Ironie des Zwischenfalls im Elysée-Palast nicht erfährt hat, der lese die Pariser Neujahrskomödien durch. Dort wird keine diplomatische Courtoisie betrieben, dort tritt die nackte Wahrheit an den Tag: „Neder Franzose“, so die „Gazette“, unterschreibt die Friedensworte des Präsidenten der Republik, aber das „Alte Deutschland“ ist immer das Deutschland der Militaristen und Revanchegelenke und Eindeburg gehört zu diesem Deutschland.“ Im „Figaro“ werden die „Enttäuschungen“ Scheidemanns wieder herausgehoben, um den französischen Lesern zu verdeutlichen, daß Deutschland „Furchtbares“ gegen das arme, harmlose und nicht genügend gestützte Frankreich im Schilde führt. Steht man von diesen unmittelbaren Angriffen gegen Deutschland ab, so läßt die neuauferweichte Rede der Presse gegen Irland im übrigen genügend erkennen, was man von den „Friedensbemühungen“ unserer Nachbarnation zu halten hat. Wenn der „Avenir“ die Hoffnung auspricht, daß im neuen Jahre das französische Volk sich alle die Menschen vom Dalse schaffen werde, die Frankreich angeblich durch falsche Friedenshoffnungen getäuscht haben, so wird Herr Briand wohl keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, gegen wen diese lebenswichtigen Neujahrsworte gerichtet ist.

Hält man sich so den Spiegel der französischen Rechtspresse vor Augen, so gewinnt das „Wenn“ der Antwort des Präsidenten Dommergue an das diplomatische Korps eine erhöhte Beachtung: „Eine friedliche Zusammenarbeit der Nationen wird nur dann möglich sein, wenn jeder von aufrichtigen und gutem Willen befeuert ist, ohne sich jedoch dabei von einer lokalen Beobachtung der internationalen Verpflichtungen abzuwenden.“ Dies ist sicherlich eine diplomatische Courtoisie, aber eine solche mit einem Vorbehalt und einer nicht mitzuverlesenden Einschränkung. Diese Antwort läßt zum mindesten erkennen, daß die französische Regierung auch bei Höflichkeitstakten sehr vorsichtig zu Werke geht. Leider müssen wir feststellen, daß diese gleiche Vorsicht bei der Antwort des Dozenten in Paris anher auch geübt wurde. Dies ist im deutschen Interesse höchst bedauerlich.

Der „Autransigent“ zu den Gegenseiten innerhalb der französischen Kammer.

\* Paris. Der „Autransigent“ beschäftigt sich mit den Gegenseiten innerhalb des französischen Kabinetts, die dem aufmerksamen Beobachter zu denken geben. Briand hätte

## Die Jubelfeier im Reichsjustizministerium.

\* Berlin, 3. Januar. Auf der Jubelfeier, zu der Reichsjustizminister Dr. Well am 3. Januar des 50jährigen Jubiläums der Reichsjustizverwaltung eingeladen hatte, hielt Dr. Well eine Ansprache, in der er zunächst dem am Erscheinen verhinderten Reichspräsidenten den Dank für seine Glückwünsche ausdrückte.

Dr. Well gab dann einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Reichsjustizverwaltung und würdigte die Tätigkeit und die Verdienste seines Amtsvorgängers. Der Redner hob besonders die gewaltige Aufgabe hervor, die an das neue Reichsjahr gestellt wurde, als es galt, der so reich errungenen politischen Einigung des deutschen Volkes mit dem einheitlichen deutschen Recht ein ungetrübtes Band innerer Gemeinschaft hinauszufügen. Dr. Well wies weiter auf die neuen und schweren Aufgaben der Reichsjustizverwaltung während des Krieges, in der Zeit des Zusammenbruchs und nach dem Krieg hin. Mit besonderer Benutzung innerer Gedächtnisbilder der rechtlichen Bande, die uns seit langem mit Österreich verbinden und die noch fester zu knüpfen das neue Strafgesetzbuch berufen sei werde.

Nächsten wir in dieser Feststunde, so führte Dr. Well aus, unser Sehnen und Wünschen auf die Zukunft unseres Vaterlandes, dann denken wir zugleich auch an das Recht, ohne dessen Segen und Kraft jede Gewalt nur ein Koloss auf Sanden stehen kann. Mögen Recht und Gerechtigkeit die Grundpfeiler bleiben für das Staatsgebäude der deutschen Republik. Rechtsgedanke und Staatsgesinnung sind die starken Triebkräfte für das Aufwärtstreben des deutschen Volkes. Mögen Rechtsempfinden und Rechtsprechung getragen von den ewigen Grundgesetzen der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit allen berechtigten Anforderungen und Fortschrittsentwicklungen der neuen Zeit entsprechen und einen neuen Jungbrunnen finden in der Er-

anscheinend den Wunsch, in nicht allzu ferner Zukunft vor der französischen Kammer eine größere Ansprache über die Außenpolitik zu eröffnen; doch teile Poinscaré diesen Wunsch ungewissheit nicht. Warum? fragt der „Autransigent“ und gibt zur Antwort, daß die beiden Staatsmänner sich in der Beurteilung des deutschen Problems nicht einigen könnten. Solange die Gegenseite geheim blieben und aus den Sitzungen des Ministerrates nichts in die Öffentlichkeit hinausdränge, könne man die Schwierigkeiten überwinden. Sobald aber die gegenseitigen Anschauungen öffentlich bekannt würden, sei die Gefahr einer Regierungskrise nicht mehr zu vermeiden. Frankreich könne sich aber den Luxus einer derartigen Krise nicht leisten, da das Kabinett Poinscaré seine Arbeiten zur finanziellen Wiedergewinnung Frankreichs fortsetzen müsse. In Deutschland warte man nur auf innerfranzösische Zwistigkeiten, um sie für die Rheinlandpolitik auszunutzen. Daher müsse man sich ernstlich fragen, ob Briand trotzdem seine Wünsche werde durchsetzen können und die vorzeitige Räumung des Rheinlandes der Kammer vorzulegen werde, die von Deutschland gefordert, von der französischen Opposition aber abgelehnt werde. Briands Plänen müsse man immer wieder gegenüberhalten, daß Frankreich keinerlei Hilfe hätte. Wenn in etwa sechs Monaten, wie zu erwarten sei, die Wirklichkeit und die Finanzlage Frankreichs geordnet wäre, wäre immer noch Zeit genug, mit Berlin die Verhandlungen aufzunehmen. Im Augenblick heiße es jedenfalls, die französischen Angelegenheiten in erster Linie zu ordnen.

## Braucht Deutschland Kolonien?

Gouverneur J. D. Schneer Antwort an Amery.

\* Berlin. Gouverneur J. D. Dr. Schneer antwortet im Berliner Lokalanzeiger dem englischen Kolonialminister Amery, der vor einigen Tagen bei einer Unterredung mit dem Londoner Korrespondenten des genannten Blattes die Ansicht äußerte, daß Deutschland keine Kolonien brauche.

Dr. Schneer schreibt nach längerem Ausflüßreden, daß im Friedensdiktat von Versailles England tatsächlich kein Kolonialgebiet als eigener Besitz zugesprochen worden sei. Deutschland habe damals, als ihm unter Bruch der Abmachung über die Friedensgrundlagen die Diktate auf die Brust gelegt wurde, zu Gunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf seine überseeischen Besitzungen verzichten müssen. Das geschah zum Zwecke der Mandatsverwaltung in Gemäßheit der einen integrierenden Bestandteil des Versailles Diktats bildenden Völkerbundcharta. In dieser war festgelegt, daß die Verwaltung als Vormundschaft im Auftrag und im Namen des Völkerbundes zu führen sei. In Wirklichkeit handelte es sich also um Verwaltung zu treuen Händen. Die Politik Amerys sei mit einer Verhandlung zwischen den Nationen nicht zu vergleichen. Amery könne sicher sein, daß das deutsche Volk sich niemals mit dem Raub seiner Kolonien abfinden werde. Im übrigen, so sagt Dr. Schneer am Schluß, sollten sich die englischen Staatsmänner darüber klar sein, daß dem deutschen Verlangen nach Verdrängung seiner kolonialen Ansprüche wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten zu Grunde liegen; ohne deren Berücksichtigung ist auch, abgesehen von den subjektiven Empfindungen der Völker, eine dauernde Verständigung zwischen den Nationen ganz unmöglich, wie sie im Interesse Englands nicht minder wie in dem anderer Nationen und schließlich der ganzen Welt liegt. Alle schönen Reden von Versöhnung und Freund-

nerung deutschen Volkstums. Mögen alle berufenen Organe der deutschen Justiz in treuer Einigung für das Staatsganzes und für das Volkswohl als das oberste Geleit operierfähig wirken für die Festigung des Vertrauens aller Volksgenossen in unsere Justiz und für die verständnisvolle Mitarbeit aller Volksschichten an erzieherlicher Rechtsentwicklung. Von selbst lenken sich unsere Gedanken dabei auf die hochragende Persönlichkeit, die heute an der Spitze des Reiches steht und allen Deutschen als Kämpfer und Schlichter unseres Rechtes vertraut ist.

Darauf ergriff Reichskanzler Marx das Wort. Er übermittelte zunächst die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierungen und führte dann aus: Das Reichsjustizministerium hat, um es mit einem Wort zu sagen, die Rechtsgrundlage für den Wiederaufbau unseres Reiches gelegt. Ich glaube, daß das, was das Reichsjustizministerium zu leisten hat und überhaupt die Rolle, die es zu spielen berufen ist, in der Zukunft noch bedeutungsvoller sein wird, als es trotz der glänzenden Leistungen und der Verdienste in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Das Reichsjustizministerium ist und muß in unserem neuen Reich die Stelle sein, die das Recht als solches entwickeln und fördern soll und nur ein Ziel kennen darf, dem Gedanken des Rechts die Stellung zu geben, die ihm gebührt. Die Arbeit gilt dem Vaterlande, dem deutschen Volke. Dr. Marx wies weiter auf die engen und fruchtbaren Beziehungen der Reichsjustizverwaltung zu den Justizverwaltungen der Länder hin und auf die Unterstützung durch die juristischen Fakultäten der deutschen Universitäten. Beim Wiederaufbau, so sagte der Kanzler, fällt dem Reichsjustizministerium eine wichtige und folgenreichere Aufgabe zu. Die Aufgabe heiße: Unserem Volke die Grundlage seiner Rechtschaffenheit und seiner Rechtsstruktur erhalten!

schalt werden wie Ehren im Wunde verwehen, solange den Worten nicht die Taten entsprechen.

## Die NSDAP zur Regierungsbildung.

\* Dresden. Dem Telesion-Sachsenblatt wird von ausländischer Seite mitgeteilt: Der erweiterte Landesvorstand der NSDAP hat in seiner Sitzung vom 3. Januar 1927 folgende Entschliessung einstimmig gefaßt:

„Die NSDAP hält nach wie vor die Große Koalition für die beste Lösung der sächsischen Regierungsbildung. Insbesondere ist diese Lösung infolge der Verweigerung der einschließenden Parteien verbaut. Der NSDAP erscheint unter diesen Umständen eine Regierung der Mitte als der zur Zeit politisch mögliche Ausweg.“

## Eine Belgrader Laktlosigkeit.

Unter dieser Überschrift berichtet das Berliner Tageblatt aus Belgrad, daß am 2. Januar in der Belgrader Unterstadt eine große politische Kundgebung für die Lausker Wendens stattfand, zu der man sich mehrere Tausender, darunter zwei Sprengwaffenbesitzer in Volkstracht, versammelt hatte. Universitäts-Professor Romak verlas eine lange Rede über den Ursprung und die Schicksale der Lausker Serben, die Jahrhundertelang den blutigen Regierungen durch das deutsche Volk und der Zwangsgermanisierung ausgelehrt gewesen seien. Auch die heutige Zeit sehe einen verzweifeltsten Kampf dieses kleinen serbischen Völkervolkes. Dann verlas eine der Lausker Wendinnen ein Gedicht des Lausker Politikers Stala, das nach dem Bericht des Tageblatts erst ins Serbische überetzt werden mußte, damit es überhaupt der Verlesung verständlich wurde. Wie es in der Meldung des Blattes weiter heißt, bringen die Belgrader Zeitungen Bilder der beiden Lauskerinnen, die sogar in die Schulen geführt wurden. Die als schändlich bezeichnete Samowprava bringt einen besonders scharf gehaltenen Artikel, in dem den Deutschen Unterdrückung der nationalen Minderheiten vorgeworfen wird.

In einer redaktionellen Bemerkung zu der Meldung erklärt das Tageblatt, es wolle annehmen, daß auf den Propagandaflug gewisser ganz kleiner Kreise der wendischen Bevölkerung in Deutschland die politische ... Sabotagens beruht seien.

## Neuer Zwischenfall in Mainz.

\* Mainz. Der Mainzer Anzeiger berichtet über folgenden neuen Zwischenfall: Am Neujahrstage zwischen drei und vier Uhr nachmittags krieg ein französischer Fliegeroffizier mit einer Frau in Conzenheim in die Straßenbahn. In der Station Waggonsfabrik wollte er das Endziel des Fahrplans umgeändert haben, was der Schaffner pflichtgemäß ablehnte, da eine nachträgliche Änderung gegen die Vorschriften verstößt. Darauf verlangte der Offizier von dem Beamten, den Strich auf den Fahrplan wegzuräumen und eine neue Wartung vorzunehmen. Als der Schaffner dieses Ersuchen mit der Begründung ablehnte, daß er sich dadurch einer Unfugenschaft schuldig machen würde, antwortete der Offizier mit einem Schlag ins Gesicht des Schaffners, der glücklicherweise, wie auch die anderen Mitfahrenden, keine Verletzung nicht verlor. Der Offizier gehört dem 33. Blettreiment an.

ver-  
Das  
sch-  
sch-  
en-  
den  
en-  
sch-  
fen  
ber  
len  
efe  
on,  
der  
nd  
ige  
al-  
de-  
on  
die  
h-  
en  
es  
n-  
ise  
es  
zu

n-  
1-  
ch  
8-  
ch  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100